

Resolution zum Krieg in der Ukraine

## **Bundesvorstand fordert Schutz medizinischer Einrichtungen**

Bonn (14. März 2022). Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) hat sich mit einer Resolution zum Krieg in der Ukraine den Forderungen des Weltverbandes der Zahnärzte (Fédération Dentaire International - FDI) zum Schutz des medizinischen Personals und medizinischer Einrichtungen angeschlossen. Der erweiterte Bundesvorstand des FVDZ macht darin seine Besorgnis über den Krieg und dessen Folgen für die Bevölkerung und die medizinische Versorgung deutlich.

Der FVDZ erklärt sich solidarisch mit der Gemeinschaft der Heilberufe und den nationalen Zahnärzteverbänden in der Ukraine. Medizinische Einrichtungen und medizinisches Personal dürfen nicht zu militärischen Zielen werden. „Wir unterstützen die Forderung der FDI, alle Beschäftigten im Gesundheitswesen vor militärischen Angriffen zu schützen. Das muss selbstverständlich auch für Zahnärztinnen und Zahnärzte gelten“, betonte der FVDZ-Bundesvorsitzende Harald Schrader bei der Sitzung des erweiterten Bundesvorstands am Wochenende.

„Angriffe auf die Zivilbevölkerung und medizinische Einrichtungen sind völlig inakzeptabel und verstoßen gegen die Genfer Konvention. Wir erklären uns solidarisch mit den ukrainischen Kolleginnen und Kollegen und bieten Hilfestellung, wo sie gewünscht ist. Dazu gehört die Unterstützung von Hilfsprojekten und Spendenaufrufen ebenso wie das Angebot, nach Deutschland Geflüchtete zahnmedizinisch zu behandeln – unabhängig von deren Versicherungs- oder Versorgungsstatus.“

*Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ist der größte unabhängige Berufsverband in Deutschland. Er handelt politisch frei und unabhängig. Seine Aufgabe sieht er darin, alternative Handlungsoptionen für Zahnärzte und Zahnärztinnen für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen zu entwickeln. Er engagiert sich für zahnärztliche Therapiefreiheit, Offenheit moderner zahnärztlicher Methoden für alle Patientinnen und Patienten, Prophylaxeförderung, mehr Eigenverantwortung für die Patienten- und Zahnärzteschaft sowie eine solide Finanzierung der Zahnheilkunde.*